

Pressekonferenz am 18. Jänner 2008 um 11 Uhr
Club Stephansplatz 4

Die in der „Integrationsplattform“ vertretenen
Kirchen und Religionsgemeinschaften in Österreich
präsentieren erstmals gemeinsam

**„Überlegungen und Forderungen“ zum Thema
„Integration von Zuwanderern in Österreich“.**

Mit:

Caritasdirektor Msgr. Dr. Michael Landau (für die katholische Kirche)

Bischof Dr. Michael Bünker (für die evangelische Kirche)

Metropolit Dr. Michael Staikos (für die orthodoxe Kirche)

Präsident Dr. Ariel Muzicant (für die Israelitische Kultusgemeinde)

Präsident Prof. Anas Schakfeh (für die Islamische Glaubensgemeinschaft)

Herausforderung Integration

Überlegungen und Forderungen

aus Sicht der Kirchen und Religionsgemeinschaften

1)

Integration ist ein wechselseitiger Prozess, bei dem alle Beteiligten Schritte aufeinander zugehen müssen. Konkret bedeutet dies Anstrengungen für beide Seiten. In diesem auch für Österreich wichtigen und herausfordernden Prozess, verstehen sich die Kirchen und Religionsgemeinschaften als Teil der Lösung, und sie sind bereit, ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Erfahrungen in diesen Prozess einzubringen, nicht zuletzt ein Menschenbild, das auf der Überzeugung beruht, dass der Mensch mehr ist, als eine beliebige biologische Tatsache und dass jede und jeder gleich ist an Würde, vom ersten bis zum letzten Augenblick des Daseins, alt oder jung, gesund oder krank, fremd oder hier geboren. Wir unterstreichen gemeinsam: **Es gibt nur ein Maß, die Maßeinheit Mensch.**

2)

Integration ist möglich, und gelungene Integration ist für alle Beteiligten ein Gewinn. Es würde Österreich große Vorteile bringen, wenn auch gesehen würde, dass es um Menschen geht, die eine Fülle an Talenten und Kompetenzen einbringen. Das zu unterschätzen heißt, diese Fähigkeiten und damit Chancen ungenützt zu lassen. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften plädieren für Realismus: Österreich war und ist – spätestens seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, wie auch in vielen Phasen seiner Geschichte – ein Zuwanderungsland.

3)

Aus Sicht der Kirchen und Religionsgemeinschaften **gehören in diesem Prozess Rechte und Verpflichtungen zusammen.** Wir fordern faire, gerechte Chancen – für In- und AusländerInnen. Da geht es um die Pflicht der Aufnahmegesellschaft, für Strukturen zu sorgen, die von Anfang an Aufnahme und Beteiligung ermöglichen. Ebenso muss auch von MigrantInnen etwas verlangt werden können, etwa die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache. Und sie sind gehalten, **die Universalität der Menschenrechte und die demokratische Verfassung als Grundlage des Zusammenlebens anzuerkennen, wie Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder die gleichberechtigte Stellung von Frau und Mann.** All das verpflichtet alle Mitglieder der österreichischen Gesellschaft – ob schon seit Generationen hier lebend, hier geboren oder kürzlich zugewandert. In diesem Sinne geht es um das Einhalten einer „gemeinsamen Hausordnung“. Das aber ist etwas anderes als eine Monokultur, die allen gleichsam übergestülpt wird. Und diese Verpflichtungen bedingen ein Ernstnehmen, ein Begegnen auf Augenhöhe. Es geht um den Respekt vor den jeweiligen Wurzeln, das soziale Miteinander unterschiedlicher Identitäten.

4)

Gelungene Integration braucht ein Gesamtkonzept, das auf mehreren Säulen ruht:

Recht auf Familienleben: Dem Schutz der Kinder und ihren Entwicklungschancen wie auch dem Recht auf Zusammenleben der Familien muss Vorrang eingeräumt werden.

Zugang zum Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten stellen wesentliche Integrationsfaktoren dar. Hier braucht es ein Bündel von Maßnahmen, wie die raschere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, oder die weitere Harmonisierung von Niederlassungs- und Beschäftigungsrecht.

Faire soziale Absicherung: Sozial- und Familienleistungen müssen allen in Österreich rechtmäßig Niedergelassenen zuteil werden.

Bildung: Bildung ist ein Schlüssel zur Armutsvermeidung. Daher muss Migrantinnen und Migranten grundsätzlich gleicher faktischer Zugang zu Schul- und Bildungseinrichtungen gewährleistet werden. Wir fordern die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund auch in ihrer Muttersprache und ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen, die leistbar, erreichbar und zugänglich sein müssen. Darüber hinaus scheint uns ein verpflichtendes letztes Kindergarten- bzw. Vorschuljahr für alle Kinder in unserer Gesellschaft sinnvoll, das der sprachlichen und sozialen Integration dienen soll. Die weitere Schullaufbahn soll vom Talent der Kinder, nicht von der (sozialen) Herkunft der Eltern abhängen. Eine sozial durchlässige Schule ist für den Erfolg von Integration unerlässlich.

Adäquate Wohnverhältnisse: Um sozial segregierte Wohnsituationen zu vermeiden braucht es eine Wohnbaupolitik, die die Integration von Migrantinnen und Migranten bewusst forciert und – für alle – leistbaren Wohnraum ohne hohe Eigenkapitalquote bietet.

Politische Partizipation: Es entspricht dem demokratischen Gedanken, dass Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, bei diesen auch entsprechend mitreden können. Zuwandernde sollen daher in politische Willensbildungsprozesse eingebunden werden, etwa durch die Einräumung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene.

Zugang zur Staatsbürgerschaft: Die Staatsbürgerschaft gibt besondere Teilhaberechte an bzw. in unserer Gesellschaft. Im Sinne der Integration braucht es im Einbürgerungsrecht Verbesserungen, etwa einen Abbau der hohen Verleihungsgebühren oder eine bessere Berücksichtigung der so genannten „zweiten Generation“.

5)

Beim Thema Integration geht es um deutlich mehr als um den Sicherheitsaspekt, der heute dominiert. Aus Sicht der Kirchen und Religionsgemeinschaften ist eine unverkürzte Debatte unerlässlich, und es ist erforderlich, dass die politisch Verantwortlichen hier insbesondere die Zuwandernden selbst hören und den Erfahrungen aus der täglichen Praxis Raum geben. Darüber hinaus sollten auch internationale Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend berücksichtigt werden.

Integration in unsere Gesellschaft bedeutet soziale Investition: Sie kostet Geld und ist konkrete, intensive Arbeit vor Ort (community work). Sie bedingt, dass auf den unterschiedlichen Ebenen Strukturen geschaffen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um konkrete, nachhaltige Integrationsmaßnahmen im Dienste der Gesamtgesellschaft zu ermöglichen.

Eine Gesellschaft ist erst dann integer oder auch vollständig und „ganz“, wenn sie es schafft, alle an ihrem Reichtum – in einem umfassenden Sinn – teilhaben zu lassen. Wenn in ihr auch Ausländerinnen und Ausländer nicht zum Rand, sondern zur Mitte gehören. Wenn aus „AusländerInnen“ gleichberechtigte BürgerInnen geworden sind. Wenn sie die positiven Aspekte der Vielfalt, das Potenzial der Menschen, die Begabungen erkennt und nützt. Da ist noch viel zu tun, auch in unserem Land.

6)

Bundeskanzler und Innenminister gilt unser Dank für die Einrichtung der Integrationsplattform. Diese Plattform wird dann hilfreich sein, wenn aus ihr ein verbindlicher Handlungskatalog erwächst, eine Strategie, die zum Ziel hat, dass das Miteinander besser gelingt und auch das Positive, die Chancen sichtbar werden. Eine „Positivkampagne“ der Regierungsverantwortlichen auf möglichst vielen, auch medialen Kanälen, könnte hier einen wertvollen Beitrag leisten und wird angeregt. An die politischen Parteien appellieren wir, die Diskussion so zu führen, dass zu jedem Augenblick klar bleibt: Es geht um Menschen. Und wir sind überzeugt: Wer Österreich liebt, spaltet es nicht.